

# BERICHT des AMS zu DAWI 2016/2017

2a, b und e) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege, Kinderbetreuung, Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der DL	<b>Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte im Bereich sozialer Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Gesundheits- und Sozialwesen, Kindergartenpädagogik, ab 2. 2017 auch Asyl- und Migration) durch das Arbeitsmarktservice,</b>
Form der Betrauung	Förderungsvertrag
Betrauungsdauer	Je nach Ausbildung unterschiedlich, idR unter 3 Jahre
Ausschließliche oder besondere Rechte	nein
Ausgleichsmechanismus	Zuschuss zu Echkosten für eindeutig definierte förderungsfähige Kosten. Eine Doppelförderung ist unzulässig. Es können max. 60 % der förderungsfähigen Kosten durch das AMS gefördert werden.
Vorkehrungen gegen Überkompensation	Siehe oben
Insgesamt ausbezahlte Förderung	2016 0,73 Mio. EUR 2017 0,69 Mio. EUR

2c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der DL	<p><b>Förderung von Beschäftigungsprojekte, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Ausbildungszentren durch das Arbeitsmarktservice</b></p> <p>Das Ziel von gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten und Sozialökonomischen Betrieben ist die Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen. Durch die Bereitstellung von relativ geschützten befristeten Arbeitsplätzen soll die nachhaltige Integration von schwer vermittelbaren Personen in den Arbeitsmarkt gefördert werden (Vermittlungsunterstützung). Die Beratungs- und Betreuungseinrichtungen dienen der Erhöhung der Vermittlungsfähigkeit der beratenen/betreuten Personen, der Durchführung spezifischer Vermittlungstätigkeiten mittels spezieller</p>
-------------------	---

	<p>Methoden, der Unterstützung der beruflichen Integration und Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen oder der Unterstützung bei Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung. Weiters erbringen manche Beratungs- und Betreuungseinrichtungen Unterstützungsleistungen für SchülerInnen in Berufsinformationszentren.</p> <p>Die Ausbildungszentren dienen der Durchführung von nicht marktgängigen Ausbildungsmaßnahmen.</p> <p>In aller Regel handelt es sich um nur sehr lokal tätige gemeinnützige Vereine bzw. gemeinnützige GesmbHs, die grundsätzlich nicht dazu geeignet sind, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu verzerren. Es wird daher in aller Regel auch keine Beihilfe gemäß Art. 107 AEUV vorliegen. Sollte dennoch eine Beihilfe vorliegen, wäre sie gemäß Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 vereinbar.</p>
Form der Betrauung	Förderungsvertrag
Betrauungsdauer	idR ein Jahr
Ausschließliche oder besondere Rechte	nein
Ausgleichsmechanismus	Zuschuss zu Echkosten oder Abgangsfinanzierung. Allfällige Einnahmen reduzieren die Summe der förderungsfähigen Kosten.
Vorkehrungen gegen Überkompensation	Die Parameter sind in den zugrundeliegenden Richtlinien und Verträgen festgelegt. Anhand dieser Parameter wird eine detaillierte Abrechnung durchgeführt. Es können max. die konkret anfallenden Kosten finanziert werden. Die Erzielung von Gewinnen ist nicht zulässig.
Insgesamt ausbezahlte Förderung	2016 395,7 Mio. EUR 2017 412,4 Mio. EUR

Wien, am 22. März 2018



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Abteilung Internationale und Europäische  
Angelegenheiten

Beilagen

**RU3-EU-11/010-2018**

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug

**BMDW-57.008/0001-  
C1/5/2018; LAD4-I-  
2130/010-2018**

(0 27 42) 9005

Durchwahl

**15175**

Datum

**29. Mai 2018**

Betrifft

**BMDW-57.008/0001-C1/5/2018; Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem  
Interesse, Einholung von Berichten auf Grundlage des DAWI Beschlusses (2012/21/EU)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Beantwortung Ihres Schreibens „BMDW-57.008/0001-C1/5/2018; Dienstleistungen von  
allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, Einholung von Berichten auf Grundlage des  
DAWI Beschlusses (2012/21/EU)“ vom 26.02.2018 teilt die Abteilung Umwelt- und  
Energiewirtschaft folgendes mit:

Beginnend mit 01.07.2014 schloss das Land NÖ mit „Die Garten Tulln GmbH“ einen  
Vertrag über die Gewährung von Ausgleichszahlungen ab. Die Betrauung mit der  
Erbringung der DAWI erfolgte durch einen zivilrechtlichen Vertrag, unter Berufung auf den  
Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 (2012/21/EU).

Gegenstand der DAWI ist der Betrieb einer Schaugartenanlage im Rahmen der Aktion  
„Natur im Garten“, die ökologische Pflege des gesamten Areals unter strengster  
Beachtung der Kriterien und Grundsätze dieser Aktion, die Bepflanzung des Geländes und  
die Sichtbarmachung des ökologischen Ansatzes für die Besucher, insbesondere die

Sensibilisierung für die Bereiche Gartenökologie, Botanik, Pflege, Pflanzenschutz , Gartenarchitektur sowie Vortragstätigkeiten. Insbesondere in Hinblick auf Art. 191 Abs.1 Z1 AEUV, und der Tatsache, dass Umweltschutz eines der prämierten Ziele der Union ist, geht das Land NÖ davon aus, dass diese Leistungen als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse einzustufen ist.

Gegenstand der Ausgleichszahlungen sind die Nettokosten, also die Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten, die mit der Erbringung der DAWI verbunden sind und der aus den DAWI erzielten Einnahmen.

Die Empfängerin der Ausgleichszahlungen erbringt ausschließlich Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, daher wird nur ein Rechnungskreis geführt, die Nettokosten werden nach der Kostenallokationsmethode berechnet und kontrolliert.

Zur Kontrolle der Nettokosten, insbesondere aber auch zur Vermeidung von Überkompensationen, legt die Empfängerin der Ausgleichszahlungen jährlich, bis längstens 30. September eines jeden Kalenderjahres das Planbudget für das darauffolgende Wirtschaftsjahr vor, seitens des Landes NÖ wird dann ein Höchstbetrag für die Ausgleichszahlungen festgesetzt. Der Vertrag sieht jedoch vor, dass die Ausgleichszahlungen für die Berichtsjahre 2016 und 2017 maximal EUR 950.000,-- betragen, dieser Betrag kann keinesfalls überschritten werden.

Die Empfängerin der Ausgleichszahlungen hat Quartalsberichte sowie einen Jahresbericht vorzulegen, damit einerseits die Erbringung der DAWI ex post plausibilisiert werden kann, weiters können anhand dieser Berichte die Nettokosten kontrolliert und nachvollzogen werden.

Die Berichte haben insbesondere eine Darstellung der

- Erbrachten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
- Eingeleiteten und/oder abgeschlossenen Beschaffungsvorgängen
- Die Anzahl der Personen und/oder Rechtsträger, die die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, sowie

- Sämtliche sonstigen Informationen, die in Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen DAWI für die Erbringerin der Dienstleistung und/oder das Land NÖ von Relevanz sind oder sein könnten.

Die Empfängerin der Ausgleichszahlungen hat weiters jährlich den geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss vorzulegen, um Überkompensation zu verhindern.

Für das Berichtsjahr 2016 betrugen die Ausgleichszahlungen € 922.258,--, für das Berichtsjahr 2017 bis dato € 572.612,--.

Die Anwendung des Beschlusses führte zu keinen Schwierigkeiten, Beschwerden Dritter, welcher Art auch immer, wurden nicht erhoben.

Ergeht an:

1.



## Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

### Vertrag mit dem Verein Österreichischer Bergrettungsdienst Land Tirol

#### 1. Beschreibung der Anwendung des DAWI Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten und Nebendienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

- Rettungsorganisationen (Bergrettungsdienst)

Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen
<i>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b></i>
Es handelt sich um Dienstleistungen im Sinne des § 2 Abs. 9 des Gesetzes vom 1. Juli 2009, mit dem der öffentliche Rettungsdienst in Tirol geregelt wird (Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009), LGBl. Nr. 96/2009, idgF. Diese umfassen die Bergung und die medizinische Erstversorgung verletzter, kranker oder sonst hilfsbedürftiger Personen aus Gefahrenlagen im alpinen oder unwegsamen Gelände sowie deren Beförderung bis zu einer für die Übergabe an eine Rettungseinrichtung geeigneten Stelle.
<i>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</i>
Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 2 Abs. 9 in Verbindung mit § 12 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages.  Standardisierte Muster für Betrauungsakte werden nicht verwendet.
<i><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</i>
Der Vertrag mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol aus dem Jahr 2016 wurde auf 10 Jahre ab Unterfertigung abgeschlossen.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Es werden ausschließlich Zuschüsse verwendet.

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Der Ausgleichsmechanismus funktioniert auf zwei Arten: Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vertraglich vereinbarten Maximalbetrag ersetzt.

Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung vertraglich vorgesehen.

Typische **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**.

Eine Überkompensation ist nicht möglich, da nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige gedeckelte Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mittel, welche vom Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol, durch Vorlage entsprechender Unterlagen nachzuweisen sind. Im Fall einer Überkompensation ist die Auftragnehmerin vertraglich zur Rückzahlung verpflichtet.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

#### Höhe der gewährten Beihilfen

**B:** Von **regionalen Behörden** ausgezahlter **Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)**

2016	2017
1,053 Mio. EUR	0,93 Mio. EUR
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)	
2016	2017
Zuschüsse: 1,053 Mio. EUR	Zuschüsse: 0,93 Mio. EUR

### 3. Beschwerden Dritter

*Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.*

- Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss des Vertrages bekannt.

### 4. Sonstige Fragen

a) *Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:*

- *Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;*
- *Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;*
- *Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;*
- *regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.*

*Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.*

- Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten in Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses.



## Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

### Vertrag „Rettungsdienst Tirol“, abgeschlossen zwischen dem Land Tirol und der Bietergemeinschaft „Rettungsdienst Tirol“ (nunmehr Rotes Kreuz Tirol gemeinnützige Rettungsdienst GmbH)

#### 1. Beschreibung der Anwendung des DAWI Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten und Nebendienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

- Öffentlicher Rettungsdienst (Qualifizierter Krankentransport und Notfallrettung)

Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen
<i>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b></i>
<p>Es handelt sich um Dienstleistungen im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Gesetzes vom 1. Juli 2009, mit dem der öffentliche Rettungsdienst in Tirol geregelt wird (Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009), LGBl. Nr. 96/2009, idgF.</p> <p>Die gegenständlichen DAWI umfassen einerseits Leistungen der bodengebundenen Notfallrettung, also die medizinische Erstversorgung von Verletzten, Kranken oder sonst Hilfsbedürftigen, bei denen Lebensgefahr oder die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schäden besteht, wenn sie nicht unverzüglich die erforderliche medizinische Versorgung erhalten sowie die Herstellung ihrer Transportfähigkeit und den Transport unter fachgerechter medizinischer Betreuung mit dafür besonders ausgestatteten Rettungsdienstfahrzeugen in eine für die weitere medizinische Versorgung geeignete Behandlungseinrichtung.</p> <p>Andererseits wird der bodengebundene, qualifizierte Krankentransport umfasst, also der aufgrund ärztlicher Beurteilung notwendige Transport von Verletzten, Kranken oder sonst Hilfsbedürftigen, die keine Notfallpatienten sind, unter Begleitung von Ärzten und/oder Sanitätern mit Rettungsfahrzeugen.</p>
<i>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</i>
Gemäß § 3 Abs. 3 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009 kann die Besorgung der gegenständlichen Dienstleistungen vertraglich u.a. auf geeignete Rettungsorganisationen

übertragen werden.

In diesem Sinne wurde nach Durchführung eines Vergabeverfahrens der Bestbieter vertraglich mit der Erbringung der gegenständlichen DAWI betraut. Im Jahr 2012 erfolgte eine vertraglich zulässige und erforderliche Anpassung der Leistung an geänderte Verhältnisse.

**Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren) und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeit (in %), deren Dauer 10 Jahre überschreitet.** Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Der Vertrag mit der Bietergemeinschaft „Rettungsdienst Tirol“ (nunmehr Rotes Kreuz Tirol gemeinnützige Rettungsdienst GmbH) wurde auf 10 Jahre befristet abgeschlossen.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Der Rotes Kreuz Tirol gemeinnützige Rettungsdienst GmbH werden besondere Rechte gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Es erfolgen monatliche Akontozahlungen in Form von Zuschüssen.

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Die Preise für die zu erbringende DAWI wurden im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens marktwirtschaftlich ermittelt und sind vertraglich fixiert, wobei das Land Tirol und die Träger der gesetzlichen Sozialversicherungen anteilig die Kosten übernehmen. Die Auszahlungen erfolgen nach Vorlage von Akontorechnungen über monatliche Akontozahlungen. Die Abrechnung erfolgt zum Jahresende im Nachhinein mittels Jahresabschlussrechnung.

Typische **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

Eine Vermeidung von Überkompensationen wird durch die Vorlage der Jahresabschlüsse und Prüfung durch den Auftraggeber sichergestellt. Im Fall einer Überkompensation ist die Auftragnehmerin vertraglich zur Rückzahlung verpflichtet.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Höhe der gewährten Beihilfen	
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
2016	2017
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)</b>	
2016	2017

### 3. Beschwerden Dritter

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

- Der Vertrag „Rettungsdienst Tirol“, abgeschlossen zwischen dem Land Tirol und der Bietergemeinschaft „Rettungsdienst Tirol“ (nunmehr Rotes Kreuz Tirol gemeinnützige Rettungsdienst GmbH) wurde aufgrund einer Beschwerde im Jahr 2016 an den DAWI-Beschluss angepasst. Das Beschwerdeverfahren wurde daraufhin eingestellt.

### 4. Sonstige Fragen

a) Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;
- Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;
- Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;
- regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

- Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten in Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses.

## Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

### Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol

#### 1. Beschreibung der Anwendung des DAWI Beschlusses von 2012

##### 1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten und Nebendienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

- Katastrophenschutz (Durchführung der Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen)

Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen
<i>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b></i>
<p>Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen i.S.d. § 15 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. Februar 2006 über das Katastrophenmanagement in Tirol; (Tiroler Katastrophenmanagementgesetz); LGBl. Nr. 33/2006; idgF.</p> <p>Diese umfassen insbesondere die Beschaffung und Vorhaltung von - dem Stand der Technik entsprechenden - Einsatz- und Führungsmitteln; von medizinischer Ausrüstung; die Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Einsatz- und Führungskräfte; sowie die Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit.</p>
<i>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</i>
<p>Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 15 Abs. 1 Tiroler Katastrophenmanagementgesetz) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages (§ 15 Abs. 2 Tiroler Katastrophenmanagementgesetz). In Bezug auf den zwischen dem Land Tirol und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, abgeschlossenen Vertrag ist die Änderung aus dem 2014 substantiell.</p> <p>Standardisierte Muster für Betrauungsakte werden nicht verwendet.</p>
<i><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</i>

Der Vertrag mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, wurde ursprünglich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die hier ausschlaggebende Vertragsänderung wurde auf die Dauer von 10 Jahren ab Unterfertigung abgeschlossen.

*Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.*

Dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.

*Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?*

Es werden ausschließlich Zuschüsse verwendet.

*Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.*

Der Ausgleich an das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Tirol, erfolgt auf zwei Arten:

Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vereinbarten Maximalbetrag ersetzt (in der Vertragsergänzung ist nur dieser Ausgleichsmechanismus vorgesehen).

Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung vorgesehen.

*Typische **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**.*

Eine Überkompensation ist nicht möglich, weil nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mitteln, welche vom Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, durch Vorlage entsprechender Unterlagen nachzuweisen sind. Im Fall einer Überkompensation ist die Auftragnehmerin vertraglich zur Rückzahlung verpflichtet.

*Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.*

Höhe der gewährten Beihilfen	
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
2016	2017
0,351 Mio. EUR	0,297 Mio. EUR
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)</b>	
2016	2017
Zuschuss: 0,351 Mio. EUR	Zuschuss: 0,297 Mio. EUR

### 3. Beschwerden Dritter

*Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.*

- Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss der Vertragsänderung bekannt.

### 4. Sonstige Fragen

- a) *Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:*

- *Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;*
- *Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;*
- *Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;*
- *regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.*

*Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.*

- Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten in Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses.